



Stettiner

Beitung.

Abend-Ausgabe.

Montag, den 15. Februar 1886.

Nr. 76.

Deutscher Reichstag.

46. Plenarsitzung vom 13. Februar.

Das Haus und die Tribünen sind ziemlich gut besetzt.

Am Bundesrathstische befindet sich kein Bevollmächtigter ver verbündeten Regierungen.

Präsident v. Wedell-Wieddorf eröffnet die Sitzung nach 2½ Uhr mit geschäftlichen Mittheilungen.

Das Haus beräth den Antrag des Abg. Mintelen (Zentrum) und Genossen, in welchem eine gesetzliche Bestimmung folgenden Inhalts vorgeschlagen wird: „Hinter § 109 des Strafgesetzbuchs für das deutsche Reich wird folgender neuer § 109 a eingestellt: „Ein Arbeitgeber oder Angestellter eines Arbeitgebers, welcher einen als Arbeitnehmer in Lohn desselben stehenden Deutschen wegen Ausübung oder Nichtausübung öffentlicher Wahl- oder Stimmrechte in bestimmter Richtung aus der Arbeit entlässt oder im Arbeitsverdienst verkürzt, oder mit solchen Maßregeln bedroht, wird mit Gefängnis nicht unter drei Monaten und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte bestraft.“

Abg. Dr. Windthorst (Zentrum) befürwortet in Abwesenheit seines Fraktionsgenossen Abg. Mintelen den Antrag, indem er ausführt, daß die unberechtigte Beeinflussung der Arbeitnehmer seitens der Arbeitgeber nicht nur bei den Reichstags-, sondern auch bei den Abgeordnetenhaus und den Kommunalwahlen immer weiter um sich greife, und daß dieser Thatsache gegenüber ein gesetzlicher Schutz des freien Wahlrechtes nothwendig erscheine.

Abg. v. Puttkamer-Blauth (Deutschkons.) erklärt, der Antrag sei offenbar aus einer gewissen Missstimmung hervorgegangen, welche die Partei des Antragstellers empfunden. Was die nicht zu billigende direkte Wahlbeeinflussung der Arbeitnehmer betreffe, so sei die Beeinflussung der Wähler, welche das Zentrum ausübe, jener mindestens ebenbürtig. Redner charakterisiert sodann die Beeinflussungen der Wähler, welche von der Partei des abg. Niemeyer (Deutschfreis.) geübt werde und welcher diese als Repräsentantin der Plutokratie hauptsächlich in den großen Städten ihre Erfolge verbanke. Sodann wendet er sich gegen das Verhalten der Sozialdemokraten bei den Wahlen, indem er namentlich die von jenen ge predigte Verherrlichung der Güter als eine nicht stark genug zu missbilligende Beeinflussung der Wähler kennzeichnet.

Nachdem Redner sodann die von Beamten geübte Wahlbeeinflussung unter Einsehung ihrer amtlichen Autorität als gänzlich unzulässig bezeichnet, führt er aus, daß die gegenwärtigen gesetzlichen Bestimmungen vollständig ausreichten, um unberechtigte Wahlbeeinflussungen zu verhindern, resp. abhenden zu können. Ferner weist er auf die Konsequenzen von Bestimmungen hin, wie sie der Antrag vorschlage und erklärt, daß durch letzteren unbedingt das gute Verhältnis zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern verschärft werden müsse. Schließlich bekämpft er den Antrag auch vom juristischen Standpunkte aus, indem er namentlich die Strafbestimmungen als unverhältnismäßig hohe bezeichnet und bittet den Antrag aus politischen, wirtschaftlichen und juristischen Gründen abzulehnen. (Bravo! rechts.)

Abg. Träger: Um unsere Stellung klar zu bezeichnen, erkläre ich, daß meine Partei die Überweisung des Antrages an eine Kommission von 14 Mitgliedern beantragen wird. Der Antrag ist uns sympathisch, mehr in seinem Gedanken, als seiner Form. Ist vorläufig nicht mehr zu erreichen, als diese singuläre Bestimmung des Antrags, so müssen wir uns daran genügen lassen. Wenn eine Partei eine Zeitlang im Stande ist, die Wahlen zu ihren Gunsten zu beeinflussen, so muß sie sich entweder für ewig halten oder von jeder andern Partei, die einst ans Amt kommen könnte, doch Revanche erwarten. Der Antrag liegt doch in Interesse aller Parteien. Herr v. Puttkamer-Blauth warf dem Zentrum vor, Wahlbeeinflussungen zu üben — er muß es freilich wissen, da er ja mit Hilfe des Zentrums gewählt ist. Derselbe Abgeordnete warf der Sozialdemokratie vor, im Wahlkampfe Güterverteilung zu versprechen — thut man denn etwas Anderes durch die Versprechungen, die man an das Branntweinmonopol knüpft? Wie kommt Abg. v. Puttkamer dazu, uns Vertreter der Plutokratie zu nennen? Wo hat er die Beweise dafür? Im Abgeordneten-

hause treten die Konservativen für öffentliches Wahlrecht auf und sprechen von dem Mannesmuthe, der dazu nötig ist und dadurch gewahrt wird.

Meine Herren! Wo der Hunger anfängt, da hört der Mannesmuth auf! (Beifall links.)

Was ist die Wahl? An der Aufrichtigkeit dieser Antwort muß der Regierung am meisten liegen,

die Krone muß die unverfälschte Wahrheit vom Volke erfahren! Eine Verdunkelung dieser Antwort ist die Beeinträchtigung der freien Wahl und diese Beeinträchtigung ist ein Unrecht gegen die Krone. (Beifall links.) Deshalb erscheint eine strafrechtliche Bestimmung über die Wahlbeeinflussung notwendig, deshalb ist uns dieser Antrag sympathisch, wenn wir auch gegen die Fassung desselben mancherlei einzuwenden haben. (Redner verliest hierauf den Artikel 39 des französischen Wahlgesetzes vom Jahre 1851, welches ähnliche Bestimmungen enthält.) Sonderbar ist der Einwand des Vorredners, daß das hier beantragte Gesetz erst nach einer Wahlbeeinflussung angewandt werden könne. Ja, Herr v. Puttkamer, so ist's mit jedem Gesetz; ein Strafgesetz kann erst in Kraft treten, nachdem ein Vergehen oder ein Verbrechen geschehen ist. (Große Heiterkeit.) Außerdem soll das Gesetz doch auch prophylaktisch wirken. In meinem Kreise sat ein Wirth liberal gewählt und darauf drei Jahre lang vom Amts vorsteher keine Tanzkonzession erhalten; jetzt hat er konservativ gewählt und in seinem Gasthaus erklingt wieder der Tanzreigen. (Heiterkeit.) Das ist die Gleichheit vor dem Gesetz! — Ich beantrage die Überweisung des Antrages an eine Kommission von 14 Mitgliedern. (Beifall links.)

Abg. Graf v. Behr (Reichsp.) führt aus, daß dieser Antrag, wenn er Gesetz würde, Arbeitgeber und Arbeitnehmer keineswegs gleichstellen, sondern e'ne Vergewaltigung des Arbeitgebers herbeiführen würde da der Arbeitgeber garnicht mehr in der Lage sein würde, überhaupt noch Arbeit zu entlassen. Redner weist auf die zahlreichen Wahlbeeinflussungen durch die katholische Geistlichkeit hin. Wolle Abg. Träger es etwa auch freie Wahl nennen, wenn freisinnige Kandidaten bei Ihren Wahlkreisen in den Wirthshäusern hundert Mark deponire? Abg. Niemeyer muß doch das wissen.

Abg. Niemeyer: Das ist eine Verleumdung, ich weiß nichts davon! Der Präsident ruft den Abg. Niemeyer wegen des Vorwurfs der Verleumdung zur Ordnung. (Rufe links: Namen nennen!)

Abg. Graf v. Behr: Ich will Ihnen privat den Namen sagen. (Rufe links: Sofortlich! Sofort!) Es ist der verstorbene Abg. Hütte. Ich bin für die Ablehnung des Antrags. Sollten Sie aber eine Kommissionsüberweisung belieben, so ist natürlich eine besondere Kommission vorzuziehen. (Beifall rechts.)

Abg. v. Vollmar (Sozialdem.) erklärt, seine Partei stehe dem Antrage sympathisch gegenüber und spricht den Wunsch aus, daß die Beratung des Antrages in der Kommission möglichst beschleunigt werde.

Abg. Dr. Meyer-Jena (nat.-lib.) hat namentlich vom juristischen Standpunkte aus lebhafte Bedenken gegen den Antrag, ist aber zu einer kommissarischen Beratung derselben bereit.

Abg. Tenzmann (Demokrat) hält den Antrag aus juristischen, wirtschaftlichen und politischen Gründen in der vorhandenen Form für unannehmbar, bekämpft aber die vorgeladenen Wahlbeeinflussungen speziell in seinem Wahlkreise unter Beibringung verschiedenartiger Materialien.

Abg. v. Köller (Deutschkons.) tritt den Befürwortern des Antrages energisch entgegen, indem er aussöhnt, daß die von der Wahlprüfungskommission besetzten Grundsätze vollständig ausreichten, um die Konsequenzen unstatthafter Wahlbeeinflussung unschädlich zu machen und daß die Opposition lieber Hand anlegen sollte, die durch die lügenhafte Presse geübte Wahlbeeinflussung zu beseitigen. Den vorliegenden Antrag halte jedoch auch für gänzlich wirkungslos, denn der Kluge werde sich um denselben herumdrücken und nur der Dumme werde hineinfallen. (Bravo! rechts.)

Abg. Mundel (Deutschfreis.) führt aus, daß nur der stiftliche Missbrauch der Autorität bekämpft werde und daß, wenn der Antrag in der eingebrachten Form auch nicht acceptabel erscheine,

er doch in der Kommission eine brauchbarere Form erhalten könne.

Nachdem sich sodann Abg. Heine (Sozialdemokrat) für die Überweisung des Antrages an eine Kommission ausgesprochen, befürwortet

Abg. Dr. Windthorst (Zentrum) nochmals den Antrag, worauf

Abg. v. Hellendorf-Bedra (Deutschkons.) erklärt, daß er und seine politischen Freunde ungesehliche Wahlbeeinflussungen jederzeit bestraft wissen wollten, daß aber durch den vorliegenden Antrag das unantastbare Recht der Arbeitgeber verletzt und das gute Verhältnis zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern vergrößert werden würde. Praktisch macht sich nun die Sache so, daß einer der Herren, der etwas auf dem Herzen hat, entweder zum Dönhofplatz eilt, seine Rede hält, dann aber sofort in den Wagen steigt und an das Ende der Leipzigerstraße fährt, um dort an einer wichtigen Abstimmung Theil zu nehmen.

Darauf wird die Diskussion geschlossen und nach einem kurzen Schlussswort des Abg. Dr. Windthorst (Zentrum) der Antrag an eine besondere Kommission von 14 Mitgliedern verwiesen.

Hierauf vertagt sich das Haus.

Nächste Sitzung: Montag 1 Uhr.

Schluss 6½ Uhr.

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhans.

19. Plenarsitzung vom 13. Februar.

Präsident v. Kölle eröffnet die Sitzung um 11½ Uhr mit geschäftlichen Mittheilungen.

Tagesordnung:

Definitive Wahl des Präsidenten und der beiden Vizepräsidenten für die Dauer der Session.

Bei der Wahl zum Präsidenten werden 333

Zettel abgegeben, darunter 27 unbekriebene. Von den 306 somit gültigen Zetteln lauten zwei auf den Abg. v. Heereman, 304 auf den Abg. v. Kölle. Letzterer ist somit gewählt.

Abg. v. Kölle: Ich dankt Ihnen, meine Herren, und nehme die Wahl für die Dauer der Session an. (Beifall.)

Das Haus schreitet hierauf zur Wahl des ersten Vizepräsidenten.

Abgegeben werden 340 Zettel, darunter 118 weiße, also ungültige Zettel. Von den verbleibenden 222 Stimmen fallen 218 auf den Abg. v. Heereman, je eine auf die Abg. v. Benda, Dr. Windthorst, Jansen und Baruba.

Abg. Dr. Windthorst: Ich dankt Ihnen, meine Herren, und nehme die Wahl für die Dauer der Session an.

Bei der Wahl des zweiten Vize-Präsidenten werden 311 Stimmen abgegeben, darunter 32 weiße.

276 Zettel lauten auf den Abg. v. Benda, je eine auf die Abg. Richter, Schnatzmeyer und Schmidt-Stettin.

Abg. v. Benda ist somit wiedergewählt und nimmt die Wahl dankend an.

Hierauf vertagt sich das Haus.

Nächste Sitzung: Dienstag 11 Uhr.

Tagesordnung: Fortsetzung der dritten Sitzung des Etats.

Schluss 10½ Uhr.

Deutschland.

Berlin, 14. Februar. Die „Magd. Ztg.“ schreibt: Das Zusammentragen des Reichs- und des Landtages gab bekanntlich vor einigen Tagen den Abgeordneten Dr. Sattler und Dr. Schläger die Veranlassung, den beiden Präsidenten der Häuser zu empfehlen, eine anderweitige und bessere Vertheilung der Arbeiten zu erwägen, da anscheinend jede Sitzung unbeliebt um die anwesende

verschiedene Sitzungen halte. So oft nun auch die

Uebelstände dieses Zusammentagens hervorgehoben

sind, so haben sie doch nie sich in so dünnen

und unangenehmer Weise geltend gemacht,

wie dies Mal, wo in beiden Häusern so hervor-

ragend wichtige und anziehende politische und

wirtschaftliche Fragen behandelt werden, deren

jede die ganze Kraft eines Mannes in Anspruch

zu nehmen berechtigt wäre. Hundert siebenzig Ab-

geordnete sitzen in beiden Häusern zugleich, und

es dürfte nicht zu bestreiten sein, was Dr. Schläger

hervorhob, daß darunter sich die tüchtigsten

Parlamentarier befinden, ohne welche jedes Par-

lament sofort eine andere Physiognomie bekommt

und mit denen sich das Bild der Verhandlungen

alsbald ändert. Alle Parteien sind in beiden

Körperschaften ziemlich gleichmäßig an dieser Dop-

pelvertretung beteiligt, wenn auch die Konservativen und Nationalliberalen etwas weniger als Ultramontane und Deutschfreisinnige. Wir haben daraus nur die Namen Hänel, Nicker, Richter, Träger, Löwe Berlin, Munkel, Birchow, Windhorst, Reichensperger, Frhr. v. Heereman, Frhr. v. Fürth, v. Strombeck, v. Benda, v. Cuny, Grinde, Hammacher, Stöcker, v. Wedell-Malchow, Frhr. v. Hammerstein, Graf Behr u. m. A. her vor, wonach es alsbald Ledermann klar sein wird,

dass das Fehlen oder Erscheinen dieser Redner, hier oder da, zu lebhafter Beleuchtung der auf der Tagesordnung stehenden Dinge führen muss. Praktisch macht sich nun die Sache so, daß einer der Herren, der etwas auf dem Herzen hat, entweder zum Dönhofplatz eilt, seine Rede hält, dann aber sofort in den Wagen steigt und an das Ende der Leipzigerstraße fährt, um dort an einer wichtigen Abstimmung Theil zu nehmen. Er hört dann nichts von Allem, was ihm entgegnet wird, er ist und bleibt außer Stande, seine Ansicht weiter zu begründen oder richtig zu stellen. Dies Verfahren schlägt aber doch nur die allereifrigsten Vertreter ein; die, welche weniger lebhaft oder durch anderweitige Geschäfte, wie leider manche Berliner, abgezogen, begnügen sich mit dem Erscheinen an einer Stelle, und somit liegt nach den verschiedenen Aktionen hin die Schädigung des parlamentarischen Lebens auf Verhandlung, die auch damit nicht befreit wird, daß man, wie man viele Sachen hört, Denkschriften einen Vorwurf machen will, die zwei Mandate auf sich genommen haben, was man ihnen doch eigentlich als ein großartiges Verdienst anrechnen sollte. Wir sehen heute davon ab, daß im Interesse beider großen Parlamente es sehr erwünscht sein muß, wenn sie enge Fühlung mit einander halten und dadurch am ehesten jeden Zusammenstoß, der doch früher oder später verderblich wirkt, ernstlich meiden, und wollen nur den Wunsch wiederholen, daß kräftiger als bisher auf besseren Arbeitsbelastung von allen Seiten hingewirkt werden möge. Könnte sich endlich nur ein Haus zu Abend-Sitzungen entschließen, während das andere die Mittagsstunden benutzt; liese man zwischen beiden Woche um Woche, oder Tag um Tag die Sitzungsstunden wechseln, die bekannten Unbequemlichkeiten der Abend-Sitzungen würden sich bald mindern, jedenfalls wäre der Versuch des Preises wert. Der Vorschlag, jeder Sitzung die Hälfte der Wochentage zu Sitzungen einzuräumen und zwar drei Tage frei zu lassen, würde jedenfalls den gründlicheren Kommissionsberatungen zu Gute kommen, allein bei der Dätenlosigkeit des Reichstags dessen Geschäftsfähigkeit leicht noch stärker gefährdet, als dies schon jetzt der Fall ist. Daß die Presse den gegenwärtigen Massenstoff nicht bewältigen, geschiehe denn verarbeiten kann, davon wissen deren Vertreter genugsam zu klagen. Fast eben so unmöglich, wie Ihnen, wird die Stoffverdauung aber auch den Lesern, und in allen Fällen das Interesse an den parlamentarischen Verhandlungen in bedeutender Weise gemindert. Demnach scheint es zunächst eine Pflicht der Präsidenten beider Häuser, aber auch aller Parlamentarier, diese angeregte Frage wieder und wieder zu prüfen und wenn nicht durchschlagende, doch baldig erhebliche Verbesserungen eintreten zu lassen. So, wie die Sache jetzt geht, geht sie schlecht und schädigt das politische Interesse auf das Tiefste und Nachhaltigste.

Die „Magd. Ztg.“ erinnert daran, daß übermorgen, am 15. Februar, 100 Jahre verflossen sind, daß in Wanzeleben einer der Mitbegründer des Zollvereins, der spätere Geh. Oberfinanzrat L. S. Kühne, geboren wurde. Er starb 1864 als eines der angesehensten Mitglieder der altliberalen Partei.

Wir haben schon gemeldet, daß von der Strafkammer des Landgerichts zu Posen gestern der verantwortliche Redakteur des „Kurier Posen“, Herr von Gruseynski, wegen Beleidigung des Fürsten Bismarck zu sechs Monaten Gefängnis verurtheilt ist. Der Chefredakteur Dr. Kantecki, ein Geistlicher, wurde freigesprochen, obgleich (nach dem „Kur.“) der Staatsanwalt erklärt hat, er werde, falls das Gericht den Dr. Kantecki freispreche, bei der Regierung einen Antrag auf Änderung der Preisschreibung für die Posener Verhältnisse stellen. (1)

Berlin, 14. Februar. Von zuverlässiger

Seite wird dem „D. M.-Bl.“ Folgendes geschrieben:

Die in den serbisch-bulgarischen Friedensverhandlungen neuerlich eingetretene Stockung ist wieder lediglich der Politik König Milans zur Last zu legen. In der letzten Sitzung gab nämlich der serbische Delegierte die Erklärung ab, daß er nicht mehr in die Weiterführung der Verhandlungen einzutreten könne, als bis der türkische Bevollmächtigte, Madjid Pascha, seine Instruktionen vorgelegt habe.

Wenn man in schlecht unterrichteten Kreisen der Annahme zuneigt, daß diese abermaligen Ver-

schieppungsversuch auf die Einflüsterungen gewisser Hintermänner zurückzuführen seien, wenn ferner einige besonders krusztige Politiker sogar wissen wollen, Österreich trage an der abschließenden Handlung Serbiens die Schuld, so können wir auf das Bestimmteste versichern, daß allen derartigen Vermuthungen jeder Anhaltspunkt fehlt. Es giebt wohl in dem benachbarten Kaiserstaate eine gewisse Klique, deren Interessen ein Einlenken Österreichs in gedachte Richtung entsprechen würde; dieselbe vermag jedoch, trotz hoher Verbindungen, keinen Einfluß auf die eine Trennung von den übrigen Mächten vorbereitende Politik Kaiser Franz Josefs zu gewinnen. Serbien klammert sich bis zum letzten Augenblick an die Hoffnung, daß in irgend einer Weise sich neue Verwicklungen einstellen könnten, welche eine günstigere Konstellation herbeiführen würden. Die durch die dauernde Kriegsbereitschaft verursachten Kosten müssen von Serbien ja doch einmal getragen werden, wobei einige Wochen mehr oder weniger jetzt nicht mehr viel ausmachen. Für die Sicherung des europäischen Friedens aber erscheint es, da die Möglichkeit eines neuen Krieges am Balkan ausgeschlossen ist, vollkommen gleichgültig, ob Serbien einige Wochen früher oder später abrückt.

Die auf Veranlassung des Herrn Staatssekretärs des Innern einberufene und vom Geheimen Ober-Regierungsrath und vortragenden Rath im Reichsamt des Innern, Herrn Weymann, präsidierte Kommission zur Beratung der Grundsätze für ein einheitliches System der Betonung der deutschen Küstengewässer und Flussmündungen, so weit die letzteren für Seeschiffe befahrbar sind, beendete gestern in ihrer neunten Sitzung ihre Arbeiten. Wie verlautet, soll als Resultat der Beratungen ein Entwurf hervorgegangen sein, welcher neben Berücksichtigung der größtmöglichen Ökonomie in erster Linie eine erhöhte Sicherheit und Erleichterung für die Seeschiffahrt in diesen Gewässern erstrebt und sichert. Derselbe dürfte nun zunächst dem Bundesrat zur weiteren Veranlassung zugehen und es steht somit zu erhoffen, daß die neuen Bestimmungen für die Betonung, nachdem sie die Bestätigung durch den Bundesrat erfahren haben, baldigst zur Ausführung gelangen.

Am heutigen Montag ist der hundertjährige Geburtstag eines preußischen Staatsmannes, der es verdient hat, daß man sich seiner, auch nachdem er nunmehr schon lange auf dem Berliner alten Matthäi Kirchhof ruht, erinnere: der hundertjährige Gedenktag der Geburt Ludwig Kühne's. Viele von uns haben ihn erkannt, das Muster eines preußischen Beamten aus der Zeit der Wiederherstellung des Staates nach der napoleonischen Fremdherrschaft, den Mitarbeiter von Moß und Maassen bei der Stiftung und Erweiterung des Zollvereins, den Mit-Urheber des preußischen direkten Steuersystems, welches im Krieg und Frieden in schwerer Zeit den Staat leistungsfähig machte, den überzeugten Vorkämpfer einer masiv vorgehenden Freihandelspolitik, den gewaltigen, aber unerschütterlichen Liberalen, der nach dem Austritt aus dem Staatsdienste von 1852 bis 1863 einer der Vertreter Berlins im Abgeordnetenhaus war, und als solcher, insbesondere während der Reaktion der fünfzig Jahre, einer der Verfechter der Verfassung. Dreißig Jahre lang war er im preußischen Finanzministerium, dessen Leitung zu übernehmen er nach dem Beginn der konstitutionellen Periode wiederholt aufgefordert wurde, er aber stets ablehnte, der einflussreichste Vertreter der Stein-Hardenberg'schen Grundsätze. Den leitenden Staat des deutschen Reiches heute, unter so unvergleichlich komplizierteren Verhältnissen und gewachsenen Bedürfnissen, lediglich an die Auffassungen jener Zeit binden zu wollen, wäre sicherlich verkehrt. Aber es glemt sich, meint heute die „National-Zeitung“, nicht zu vergessen, daß auch der Kreis von Männern, zu welchen Kühne gehört, dazu beigetragen hat, daß Preußen, als die Stunde gekommen war, das Werk der nationalen Einigung durchführen konnte.

Ausland.

Paris, 11. Februar. (Boss. Blg.) Die Pariser Presse fährt fort, aus Aulach der Lieferungen an China die deutsche Industrie zu verleumden. Heute veröffentlicht der „Temps“ eine angebliche Original-Korrespondenz aus Ostasien, die aber höchst wahrscheinlich in den Pariser Redaktionen des Blattes angefertigt ist, und worin nach Erwähnung der deutschen Bemühungen um Eisenbahn-Konzessionen in China gesagt wird: „Es bleibt nun zu sehen, ob China, das mit den Lieferungen von Kriegsvorräthen aus Deutschland und England so schändlich (odiosamente) betrogen wurde, auf das deutsche Unsinne eingehen wird.“ Dann wird erzählt, daß der ehemalige Gesandte Chinas in Berlin, Li-Tong-Pao, unter schwerer Anklage stehe, und es heißt weiter: „Dieser Mensch verdient in der That den Galgen, denn er hat sich in einem Augenblitke nationaler Not auf Kosten seines Landes bezeichnet. Von seiner Regierung beauftragt, in

Deutschland ansehnliches Kriegsmaterial zu kaufen, hatte er die Schwäche, von den Lieferanten Elastische Trinkgelde anzunehmen. Nicht nur waren die Deutschen so unrechtfertig, diesen hämmerlichen Patron zu bestechen, sie hängten ihm auch Munition an, die weit hinter dem Werth zurückblieb, zu dem sie angerechnet wurde. Gedachten sie es mit dem Eisenbahn-Material für China ebenso zu halten?“

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 15. Februar. Die Gerichtsvollzieher-Zivil-Anwälter haben sich in einer Petition an das Abgeordnetenhaus gewendet, daß sie nicht ohne Weiteres von der Anstellung als Gerichtsvollzieher den Militär-Anwältern gegenüber ausgeschlossen werden möchten. Die Petition reicht sich durch ihre ruhige Begründung aus. Es scheint allerdings, als seien die zur Zeit betroffenen Zivil-Anwälter in die schlimme Lage ohne ihr Verschulden gekommen; wir wünschen, daß eine wohlwollende Besichtigung ihnen durch einen Besluß des Abgeordnetenhauses gewährt werde; wie uns scheint, würde also dann die höchste Justizverwaltung und der an der Spitze derselben stehende, in mildem Sinn für die Bedrängnis der kleinen Beamten stets zugängliche Herr Minister Dr. Friedberg auch seinerseits Alles aufblitzen, daß die Sorge der Petenten gehoben werde.

In einer am Freitag Abend im Lohschlößchen-Vorstadtkaufhaus abgehaltenen außerordentlichen Generalversammlung der im vergangenen Jahre begründeten „Schiffbau-meister-Innung“ wurde beschlossen, die Innung, welche bisher nur den Stadtteil Stettin, sowie die Kreise Randow und Greifenhagen umfaßte, über den ganzen Stettiner Regierungsbezirk auszudehnen und eine dementsprechende Änderung der Statuten vorzunehmen.

Der am Sonnabend in Wolff's Saal von dem „Stettiner Gesang-Verein“ veranstaltete Maskenball nahm unter den Veranstaltungen der Faschingszeit einen hervorragenden Platz ein. Die Kostüme überraschten durch Eleganz und seinen Geschmack und schon bei Beginn des Festes zeigte sich eine heitere Karneval-Stimmung. Besonders gehoben wurde dieselbe noch durch die vom Vorstande veranstalteten Arrangements, wie eben davon in erster Reihe ein sehr geschickt arranges Zigeuner-Lager hervor, in welchem sich schließlich die Zigeuner zu einer Quadrille vereinten, sobald erregte auch eine Zirkus-Quadrille, welche auf feurigen Rossen „geritten“ wurde, allseitige Heiterkeit, auch die „Phoites“ in ihren Tänzen und Sprüngen ließen nichts zu wünschen übrig. Unter diesen Umständen war es nicht zu verwundern, daß die Theilnehmer fast vollständig bis zum frühen Morgen in heiterer Stimmung vereint blieben.

Der 25 Jahre alte Arbeiter Wilhelm Brandt aus Altbaum bat sich am 27. Januar aus der elterlichen Wohnung entfernt, um sich nach Bredow zu begeben und dort Arbeit zu suchen und ist nicht wieder zurückgekehrt. Es wird vermutet, daß derselbe über den Domänen-See gegangen und dort verunglückt ist.

Der bei einem hiesigen Bädermeister in der Lehre befindliche Albert E. stellte am 11. d. M. einen ihm zum Austragen übergebenen Korb mit Backwaren vor der Thür eines Hauses der Charlottenstraße nieder und lebte nicht mehr zu seinem Lehrmeister zurück. Es stellte sich nur mehr heraus, daß derselbe in mehreren Fällen Geldbeträge, welche er zur Ablieferung an seinen Lehrherrn erhalten hatte, unterdrückt und ist deshalb seine Bestrafung beantragt.

Eine Betrugsgeschichte wider den Adlerbürger und früheren Gutbesitzer Dr. Reinhard Werner und dessen Ehefrau, Agnes geb. Hirschfeld, aus Schönebeck bei Berlin, welche bereits die Strafammer des Landgerichts zu Greifswald, das Reichsgericht und die Strafammer 3 des hiesigen Landgerichts beschäftigte, kam heute zur nochmaligen Verhandlung vor der Strafammer 3. Es handelt sich um einen Betrag, welcher bei einem Grundstücksverkauf resp. -tausch ausgeführt sein soll. Die Angeklagten sind deshalb am 13. Februar v. J. von dem Landgericht zu Greifswald für schuldig befunden und zu je 1 Jahr Gefängnis, 1000 M. Geldstrafe und 1 Jahr Chorverlust verurtheilt worden. Gegen dieses Urteil hatten sie Revision eingeleget und war dieselbe vom Reichsgericht durch Erkenntnis vom 14. April v. J. für begründet erachtet worden und zur nochmaligen Verhandlung an das hiesige Landgericht gewiesen worden. Die Strafammer 3 des hiesigen Landgerichts verhandelte am 31. Juli v. J. über die Sache, kam jedoch zu einer Verhandlung, da die Gutachten der vernommenen Sachverständigen über den Werth der in Frage stehenden Grundstück wesentlich von einander abwichen. Ein besonderes Interesse gewinnt der Prozeß noch dadurch, daß Herr Rechtsanwalt Mundel aus Berlin als Bertheidiger fungiert. Auch in dem heutigen Termine wurde die Sache noch nicht zu Ende geführt, vielmehr vor Eintritt in die Verhandlung Verhandlung abgebrochen, da ein von der Bertheidigung geladener Sachverständiger nicht erschienen war und der Herr Bertheidiger erklärte, auf dasselbe nicht verzichten zu können.

Der Verein der Hausbesitzer von Unter-Bredow feierte am Sonnabend, den 13. d. Mts., abgehaltenen Versammlung sämtlicher Fuhrunternehmer Berlins ist nach einer eingehenden Behandlung des Themas „Einrichtung der Berufsgenossenschaft, ob Sektionen oder Vertrauenmänner“ nachstehende Resolution einstimmig gefaßt worden. Die Versammlung beschließt: 1) das reine Vertrauenmänner-System ist die beste Form, um die Verwaltung unserer

läufiger Nede die Nützlichkeit des Vereins hervorgehoben, indem er bemerkte, daß derselbe, wenn er auch bisher immer nur im Stillen gewirkt, doch schon manches Gute erzielt habe. Am Schlusse seiner Rede brachte derselbe ein Hoch auf Seine Majestät den Kaiser aus, in welches die Versammlung mit Begeisterung einstimmte. In schöner Harmonie endete das Fest gegen 5 Uhr Morgens. Der Verein besteht seit November 1879 und zählt zur Zeit 91 Mitglieder, Eigentümer von Unter-Bredow. Zu bedauern bleibt nur, daß sich von den 151 Hauseigentümern hier noch nicht alle angeschlossen haben, da der Vereinsbeitrag mit 50 Pfg. jährlich doch gewiß ein sehr niedriger ist und der Verein den Zweck hat, den Eigentümern vor Miethausfällen und reitenden Miethäusern zu schützen!

Vorgestern Nachmittag wurde auf dem freien Felde in der Moonstraße von einem jungen Mann eine Kinderleiche gefunden, dieselbe war in einer Sandgrube vergraben und hatte schon ca. 4 Wochen dort gelegen und war schon theils durch Verwesung, theils durch Bisse der Krähen sehr entstellt.

Auf der Mönchenstraße glitt vorgestern ein Fußler R. in Folge der Glätte aus und erlitt einen Knöchelbruch am rechten Bein.

Ende 1885 waren in der von der Polizei herausgegebenen Trunkenboldliste 120 Personen verzeichnet, davon sind im Januar durch Besserung 1 und durch den Tod 2 Personen ausgeschieden, dagegen 13 Personen hinzugeskommen, so daß dieselbe z. B. 130 Personen als Trunkenbolde nennt.

Die bei einem hiesigen Kaufmann in Dienst stehende unverheirathete Marie Pape hat sich heimlich aus der Wohnung ihrer Herrschaft entfernt und wird angenommen, daß dieselbe aus Lebensüberdruck ihrem Leben durch Selbstmord ein Ende gemacht hat.

Gefunden wurde: Am 11. d. M. auf der Eisbahn vor dem Berlinerthor ein Bund mit 6 Schlüsseln und am 12. d. auf dem Wege vom Neuen Markt bis zur gr. Oderstraße 87,50 Mk., welche Summe in einem blauen Papier eingeschweißt war.

Aus den Provinzen.

Königsberg, 14. Februar. Nächste Woche wird auf der Hütte die Mittelstrecke, welche seit Anfang dieses Jahres wegen Einbau einer neuen stärkeren Maschine stillgestanden hatte, wieder in Betrieb gesetzt werden. Gleichzeitig hiermit soll auch eine neue Heinstrecke, welche an diese Maschine mit angelkuppelt ist, in Gang kommen, wodurch wieder eine Arbeitsgelegenheit mehr geschaffen ist.

Kunst und Literatur.

„Kadettenlast, Kadettenleid“. Humoristisches Tagebuch in Reimen aus Bensberg, Berlin und Lichtenfelde von E. v. Enzberg. (Verlag von Robert Lys, Stuttgart.)

In hofften Versen werden in diesen Humoresken die einzelnen Momente des Kadettenlebens nach eigenen Erfahrungen in Bensberg, Berlin und Lichtenfelde behandelt. Zum ersten Male tritt damit ein süddeutscher Offizier den preußischen Vorgängern auf diesem Gebiete der Literatur: Dewart und Winterfeld, als ehemaliger Rivale zur Seite. Zum Unterschied von den letzteren, welche Kadettentypen früherer Jahrzehnte vor Augen haben, hat E. v. Enzberg aus dem Kadettenleben der Gegenwart geschöpft. Insbesondere zeichnet sich die Abteilung „Berlin und Lichtenfelde“ durch Frische und Witz aus, doch ist das Ganze sehr ansprechend durch Lokalreue, sowie eine gewisse naive Realistik, und bietet eine Menge kleiner, lustiger, dem Leben abgelaufener Sätze. [37]

Settegast, der Idealismus und die deutsche Landwirtschaft. Dresden bei W. G. Korn.

Semper, Schlesiens Reformierung und Katholisierung und seine Rettung durch Friedrich den Großen. Leipzig bei Petersen.

Zwei Schriften von ganz verschiedenartigem Titel und doch beide von gleichem Charakter. Beide stellen uns die Grundzüge dar, nach denen Friedrich der Große die Interessen seines Volkes beauftragte und sowohl für die Landwirtschaft, als auch für die geistige Bildung seines Volkes so Erstaunliches geleistet hat. Wir können beide Schriften warm empfehlen. [32. 33]

Berlin. Mit dem „lachenden Berlin“ hat das „Walhalla-Theater“ offenbar den größten Erfolg erzielt, der dem Institute bisher beschieden war. Das Haus war auch bei der zweiten Aufführung übersättigt und konnte sich im Überfluß des unüberstehlichen Lachstoffes so recht nach Herzensus satzlichen. Für Sonntag war das Theater bereits am Vormittag völlig ausverkauft, und wäre auch ausverkauft gewesen, wenn das Theater doppelt so geräumig gewesen wäre. Es sei übrigens konstatiert, daß an den Tantzen aus dem „lachenden Berlin“ die Erben der Autoren, die en Werke in der Revue vertreten sind, partizipieren.

Bermischte Nachrichten.

Berlin. In einer am Freitag, den 12. d. Mts., abgehaltenen Versammlung sämtlicher Fuhrunternehmer Berlins ist nach einer eingehenden Behandlung des Themas „Einrichtung der Berufsgenossenschaft, ob Sektionen oder Vertrauenmänner“ nachstehende Resolution einstimmig gefaßt worden. Die Versammlung beschließt: 1) das reine Vertrauenmänner-System ist die beste Form, um die Verwaltung unserer

Berufsgenossenschaft nach einheitlichen Gesichtspunkten und auf die billigste Weise wirksam zu betätigen; 2) Sektionen mit Bezirken von großer Ausdehnung, z. B. 10 bis 11 auf das deutsche Reichsgebiet, sind unbedingt zu verwerfen, weil sie nach den bisher gemachten praktischen Erfahrungen den Hauptzweck der Dezentralisation, Auflösung und Aufrechterhaltung persönlicher Beziehungen zwischen dem Sektions-Vorstand und den Betriebsunternehmern zu ermöglichen nicht geeignet sind, die Vertrauenmänner und deren Kosten in seiner Weise entbehrlich machen, einer nach einheitlichen Gesichtspunkten zu führenden Verwaltung nachtheilig sind und durch den wegen ihres Geschäftsumfangs nothwendigen bürokratischen Apparat nur nutzlose, sehr erhebliche Kosten verursachen.

Zum Trost für die Rheumatischen und Gichtkrüppigen sei nachstehender wahrheitsgetreuer Bericht über eine Konsultation wiedergegeben, die ein bayerischer Brauereibesitzer läufig mit dem Geheimrat Professor v. N., der größten ärztlichen Zelebrität der bayerischen Hauptstadt, gehabt hat. Der bayerische Bierbrauer leidet, woran so manche Bierbesessene in höheren Semestern leiden, an der Gicht. Er fährt also nach München und geht zu Professor v. N., der ihn übrigens aus beiden Seiten militärdienstlichen Verhältnis her noch kennt. Da entsteht sich dann folgender herzerhabender Dialog: Professor (ein gemütlicher Herr): „Na, lieber X., wo fehlt's denn?“ — „Herr Geheimrat, ich hab's in den Beinen.“ — „So, so, in die Beine hab'n Sie's! Na, schau'n, wenn Sie's oben im Knie haben, noch is die Gicht; wenn Sie's aber unten in den Beinen haben, noch is das Zipperle.“ — „Herr Geheimrat, ich hab's in den Knie.“ — „So, dann zelgen's mal her. . . . Nidig, das is die Gicht.“ — „Nun, und was hilft denn dagegen, Herr Geheimrat?“

„Ja, schau'n, lieber X., da denken's jetzt mal drüber nach, und wenn Sie a richtiges Mittel wissen, nacha sag's mir's — dann sin ma alle zwaa in einem Jahre Millionär.“ — „Nun, und sonst?“ — „So trinken's halt möglichst wenig und halten's den Fuß warm und g'streckt.“ — „Danke schön, Herr Geheimrat. Was bin ich schuldig?“ — „Das kost' nix, lieber X., aber as nutzt auch nix.“

Verantwortlicher Redakteur W. Sievers in Stettin.

Telegraphische Depeschen.

Breslau, 14. Februar. Die „Schlesische Zeitung“ meldet: „Die Vorstände des deutschkonservativen, des nationalliberalen und des neuen Wahlvereins haben an den Reichskanzler eine Adresse gerichtet, in welcher der Dank für den kräftigen Schuß des gefährdeten Deutschlands in den östlichen Provinzen ausgesprochen und die Bitte hinzugefügt wird, auch im Interesse der Verhinderung der in den letzten 40 Jahren erfolglos betriebenen Polonisierung Oberschlesiens in der Durchführung der in der Debatte über den Autug-Achenbach ausgesprochenen Grundzüge fortzufahren.“

Naumburg a. S., 14. Februar. Der neue Verhandlungstermin in Sachsen-Sachsen gegen Hasenclever ist auf den 10. (nicht 14.) April verlegt.

Paris, 14. Februar. Der Ertrag der Zölle und indirekten Steuern ergab im Monat Januar eine Mindereinnahme von 12,655,625 Franken gegen den Budget-Voranschlag und eine Mindeinstellung von 11,014,200 Frs. gegenüber dem Ertrag im Januar 1885.

Belgrad, 14. Februar. Der russische Gesandte empfing Instruktionen, im Einvernehmen mit den Vertretern der anderen Mächte energische Vorstellungen wegen der serbischen Rüstungen zu erheben.

Konstantinopel, 13. Februar. Die Postzeitung hat ein Rundschreiben an die Großmächte gerichtet, in welcher sie die Einwendungen Russlands gegen das türkisch-bulgarische Uebereinkommen widerlegt und ausführt, daß die Bestimmungen desselben dem Berliner Vertrage nicht widersprechen. Auch wird gleichzeitig das ernste Streben der Postzeitung, diesem Vertrage stets treu zu bleiben.

Das „Berl. M.-Bl.“ bringt folgende neuere Nachrichten:

Wien, 14. Februar. Kaiser Franz Joseph wird, wie verlautet, im kommenden Sommer Bosnien und die Herzegowina bereisen und in Sarajevo das fünfzehnte Armeekorps inspirieren; Erzherzog Johann Salvator, vortheilhaft bekannt als Militärschriftsteller, soll zum Gouverneur der okkupirten Provinzen ernannt werden.

Der serbisch-bulgarische Waffenstillstand dürfte in der allernächsten Zeit für jeden Fall verlängert werden.

Wien, 14. Februar. Soeben wurde hier der unter dem Protektorat des deutschen Botschafters Prinz Reuß stehende erste Verein deutscher Reichsangehöriger „Niederwald“ feierlich eröffnet.

Wien, 14. Februar. Der Wiener Club der Landwirthe faßte eine Resolution, durch Petitionen dahin zu wirken, daß Österreich vor schädigenden Wirkungen des Brannweinmonopols in den Nachbarländern bewahrt bleibe.

Wien, 14. Februar. Der Krakauer „Gaz“ veröffentlicht ein bisher unbekanntes, angeblich von Goethe stammendes Gedicht an Adam Mickiewicz.

Petersburg, 14. Februar. Es verlautet, die Witwe Afakows beabsichtige die Herausgabe des sehr umfangreichen Briefwechsels des Verstorbenen; die neueste Nummer der „Ruh“ zeigt an, daß noch eine Nummer erscheinen und das Blatt dann eingehen wird.

